

Ä3 zu A-6: Zivilgesellschaft im Nahen Osten schützen - Gerechten Frieden schaffen

Antragsteller*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND
Niedersachsen (dort beschlossen am:
30.06.2025)

Antragstext

Von Zeile 48 bis 51:

erwarten, dass die deutsche Bundesregierung in Zukunft eine klarere Haltung zu völkerrechtswidrigen Handlungen einnimmt, sowohl im öffentlichen Diskurs in Deutschland, als auch gegenüber Vertreter:innen der israelischen Regierung.

Neben klaren Worten braucht es zudem Taten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur **Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte auf**. Dies ist Voraussetzung für eine glaubhafte Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.

~~Neben klaren Worten braucht es zudem Taten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur **Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte auf**. Dies ist Voraussetzung für eine glaubhafte Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.~~

Nach Zeile 58 einfügen:

Deutsche Gedenkkultur vor Instrumentalisierung bewahren

Die deutsche Erinnerung an die Shoah und unsere historische Verantwortung werden zunehmend von verschiedenen politischen Seiten instrumentalisiert. Diese Instrumentalisierung schadet sowohl der Gedenkkultur als auch einer konstruktiven Nahostpolitik. Rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte nutzen einseitige "Israelsolidarität" zur Legitimierung antimuslimischer Politik, wobei der Kampf gegen Antisemitismus vorgeschoben wird, um Diskriminierung gegen Muslime und Geflüchtete zu rechtfertigen. Gleichzeitig verfolgen sie eine "Schlussstrich"-Mentalität bei gleichzeitiger selektiver Berufung auf deutsche Verantwortung.

Von linker Seite wird deutsche Schuld zur moralischen Legitimierung einseitiger Kritik an Israel umgedeutet, während "Antizionismus" als vermeintlich progressive Position präsentiert wird, die antisemitische Stereotype reproduziert. Dabei wird die Shoah durch inflationäre Genozid-Vorwürfe relativiert. Staatliche Akteure instrumentalisieren Antisemitismus-Vorwürfe zur Delegitimierung berechtigter Kritik an deutscher Außenpolitik, missbrauchen Gedenkveranstaltungen für tagespolitische Botschaften und nutzen Erinnerungskultur zur Rechtfertigung bedingungsloser Solidarität mit israelischen Regierungspositionen.

Deutsche historische Verantwortung bedeutet hingegen den Schutz jüdischen Lebens weltweit gegen alle Formen des Antisemitismus, die Verteidigung der Demokratie gegen Autoritarismus und Extremismus aller Art, das Eintreten für universelle Menschenrechte für alle Menschen unabhängig von Herkunft oder Religion sowie die Friedensförderung durch diplomatische Lösungen statt militärische Eskalation.

Nur eine authentische, nicht-instrumentalisierte Erinnerungskultur kann ihrer historischen Verantwortung gerecht werden und gleichzeitig zu einer konstruktiven deutschen Nahostpolitik beitragen.

Nach Zeile 138 einfügen:

- Wir fordern die Bundesregierung auf das Recht der Selbstbestimmung der Palistinäns*innen und Isrealis anzuerkennen.

Begründung

Die aktuelle Debatte um den Nahostkonflikt zeigt, wie deutsche Erinnerungskultur von verschiedenen Seiten für parteipolitische Zwecke missbraucht wird. Dies schadet sowohl dem Gedenken an die Shoah als auch einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt. Rechtspopulistische Instrumentalisierung nutzt vorgebliche Israelsolidarität zur Legitimierung antimuslimischer Politik, während linke Instrumentalisierung deutsche Schuld zur einseitigen Kritik an Israel umdeutet. Staatliche Instrumentalisierung missbraucht Gedenkkultur zur Rechtfertigung bedingungsloser Regierungssolidarität.

Eine authentische Erinnerungskultur muss sich gegen alle Formen der Vereinnahmung wehren und zu universellen Menschenrechten, Demokratie und Frieden beitragen - für alle Menschen in der Region.